

P R e s s e

S P i E g e l

Polen-Pressespiegel 11/2020 vom 12.03.2020

Warschauer Rechtsanwälte zum Fall Igor Tuleya: Das Vorgehen der Staatsanwaltschaft untergräbt das System zum Schutz von Recht und Freiheit in Polen



Quelle: image-store.slidesharecdn.com

Der Bezirksanwaltsrat in Warschau nahm einstimmig die Stellungnahme zur Einreichung eines Antrags der Staatsanwaltschaft an die Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs an, um Igor Tuleya, einen Richter des Bezirksgerichts in Warschau, aufgrund eines Verfahrens vom Dezember 2017 strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen.

Der Bezirksanwaltsrat in Warschau am 1. März 2020:

Angesichts der Tatsache, dass die Landesstaatsanwaltschaft bei der Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs einen Antrag auf Genehmigung gestellt hat, für die Verhandlung eines Falls vom Dezember 2017 den Richter des Bezirksgerichts in Warschau, Igor Tuleya, strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, lehnt der Bezirksanwaltsrat in Warschau dieses Vorgehen, das gegen die Grundsätze der Unabhängigkeit der Gerichte und der Unabhängigkeit der Richter verstößt, entschieden ab.

Der Antrag der Landesstaatsanwaltschaft, der darauf abzielt, den Richter aufgrund seiner gerichtlichen Tätigkeit anzuklagen, ist Ausdruck einer unzulässigen, illegalen Repression gegen den Richter.

Der Bezirksanwaltsrat in Warschau erinnert daran, dass das Bezirksgericht Warschau mit Beschluss vom Dezember 2017 die Entscheidung der Bezirksstaatsanwaltschaft aufhob und das Vorgehen der Staatsanwaltschaft in einem Fall in Frage stellte, der für das Funktionieren des Prinzips der demokratischen Rechtsstaatlichkeit, bei der die Öffentlichkeit ein Recht auf Information hat, von wesentlicher Bedeutung ist. Die Staatsanwaltschaft will daher einen Richter für den Erlass einer kritischen Entscheidung ihr gegenüber, um die für die Gesellschaft wichtigen Gründe für die Entscheidung öffentlich darzustellen, strafrechtlich zur Verantwortung ziehen.

Die Einreichung eines Antrags auf Aufhebung der Immunität des Richters des Bezirksgerichts Igor Tuleya mehr als zwei Jahre nach dem Tag seines Beschlusses kann zu der Schlussfolgerung führen, dass eine solche Maßnahme im laufenden Präsidentschaftswahlkampf eingesetzt werden soll. Darüber hinaus wurde der Antrag an die Disziplinarkammer des Obersten Gerichtshofs gerichtet, die von einer Entscheidung

gemäß Entschluss der drei kombinierten Kammern des Obersten Gerichtshofs vom 23.01.2020 absehen sollte. Es sei darauf hingewiesen, dass sie festgestellt haben, dass die Disziplinkammer des Obersten Gerichtshofs kein Gericht im Sinne der polnischen Vorschriften und der europäischen Normen ist.

Die Aktivitäten der Landesstaatsanwaltschaft in dieser Hinsicht sowie einige Aktivitäten des Disziplinarombudsmannes für ordentliche Gerichte und seiner Stellvertreter zielen darauf ab, einen Einfrierungseffekt in der Justiz und ein Gefühl der Bedrohung zu erzeugen, das - bisher - nicht nur die Androhung einer disziplinarischen Verfolgung, sondern vor allem eine strafrechtliche Anklage nach sich ziehen kann. Wir erinnern Sie daran, dass die staatlichen Organe, einschließlich der Staatsanwaltschaft, in Übereinstimmung mit der Verfassung der Republik Polen so handeln sollten, dass die Unabhängigkeit und die Urteilsfreiheit jedes Richters gewährleistet sind. Diese Maßnahmen der Landesstaatsanwaltschaft stellen eine Leugnung dessen dar und stehen im Widerspruch zum gesamten System des Schutzes von Recht und Freiheit in Polen.

Wir appellieren an alle Rechtsanwälte und Rechtsanwaltsanwärter, Vertreter anderer juristischer Berufe und die polnische Gesellschaft, an der für den 20. März 2020 geplanten Sitzung der Disziplinkammer des Obersten Gerichtshofs teilzunehmen, auf der der Antrag der Staatsanwaltschaft beschlossen werden soll. Zeigen wir auf diese Weise Solidarität mit den unterdrückten Richtern und treten wir für die Unabhängigkeit der Justiz, die Gewaltenteilung, die Rechtsstaatlichkeit und die Rechte und Freiheiten aller Polinnen und Polen ein.

Zsfg.: AV

http://monitorkonstytucyjny.eu/archiwa/12873?fbclid=IwAR2zP_fjbx5RpesonJYWC2vQ3tsq7iiD5VAJxSLE54CfUTzUNcF0pX8hgMQ

XV. Podium Wejherowo – Warum brauchen wir die Demokratie?

Einen Tag vor dem voraussichtlichen Verlust der Immunität von Igor Tuleya finde am 20. März eine Podiumsdiskussion mit Richter Tuleya in der nordpolnischen Stadt Wejherowo statt.

Gäste auf dem Podium: **Richter Igor Tuleya, Richter Piotr Gąciarek**

17 bis 20 Uhr im Kulturzentrum Wejherowo – Kaschubische Philharmonie,

Jana III Sobieskiego 255,
84-200 Wejherowo

Immer mehr Richter verzichten auf Beförderung durch den neuen Landejustizrat KRS



Quelle: rp.pl

Über 130 offene Stellen werden derzeit besetzt. Viele Kandidaten verzichten jedoch auf eine Bewerbung. Der Grund ist die Situation um den neuen KRS.

Um über 25 Prozent stieg die Zahl der Richter, die kürzlich ihre Beförderung durch den KRS aufgegeben haben. Warum? Wegen des Beschlusses der drei Kammern des Obersten Gerichtshofs, der den Status des Rates untergraben hat.

„Eine Zunahme von Rücktritten ist sichtbar, aber das ist kein Drama“, sagte Leszek Mazur, Vorsitzender des KRS.

„Ein Richter mit Selbstachtung wird niemals die Unterstützung des neuen KRS nutzen“, erklären jedoch die Richter vom Richterverband.

Drei Richter des Bezirksgerichts in Olsztyn, zwei aus Posen, elf aus der Berufungsabteilung von Kłodzko, einer aus Opole. Dies sind nur einige Beispiele von Richtern, die trotz Zweifel über den Status des KRS beschlossen haben, an Ausschreibungen teilzunehmen. Die meisten behaupten aber, dass sich nach dem 23. Januar (dem Datum des Beschlusses der drei Kammern des Obersten Gerichtshofs) eine weitere Teilnahme am Auswahlverfahren als unmöglich erwiesen habe.

„Ich war nie ein Karrierist. Fünfzehn Jahre Rechtsprechung an einem Amtsgericht haben mich auf den Gedanken gebracht, dass jetzt möglicherweise ein Bezirksgericht in Frage kommt. Ich habe mich im System angemeldet und wollte im Sommer 2019 an der Stellenausschreibung teilnehmen. Im Januar habe ich mich jedoch entschlossen, meine Bewerbung zurückzuziehen“, sagt ein Richter. Er gibt zu, dass die Gespräche mit seinen Freunden vom Gericht für diese Entscheidung nicht unerheblich waren.

„Ich verstehe, dass jeder das Recht hat zu wählen“, gibt Richter Leszek Mazur zu. Maciej Mitera, Sprecher des KRS, reagiert viel schärfer.

„Dies sind inakzeptable externe Beeinflussungen seitens der Richtervereinigung und im Prinzip dessen Vorstandes“, schätzt er. Er fügt hinzu, dass Zahlen eine Sache sind und das Leben eine andere Sache. Man muss jeden der Rücktritte nach dem Grund für ihre Entscheidung fragen. Der Richter Mazur hätte gerne solche Informationen, aber nach der Analyse der Statistiken gibt er zu, dass 10 Prozent der Rücktritte durch die KRS-Bewertung verursacht wird.

Richter Bartłomiej Starosta aus der Richtervereinigung Iustitia und Mitglied des Forums für Zusammenarbeit der Richter erklärt: „Es besteht kein Zweifel, warum die Richter aufgeben.“ Er glaubt, dass sie das Richtige tun.

„Das ist vernünftiges Verhalten“, meint er. Er weist auch darauf hin, dass diejenigen, die befördert werden möchten, den neuen KRS von Beginn seiner Ernennung an nicht diskreditiert haben.

„Trotz Zweifel und Vorbehalte entschieden sie sich, für die Stellen zu kandidieren. Nach dem Beschluss des Obersten Gerichtshofs vom Januar und der Veröffentlichung des Unterstützungsschreibens der Richter für den KRS haben wir als Iustitia keinen Zweifel daran, dass der KRS nicht existent ist“, sagt der Richter Starosta.

Olgierd Dabrowski-Zegalski, Richter am Bezirksgericht in Olsztyn, betont, dass er die Richter versteht, die es vorziehen, auf Beförderung zu verzichten und auf eine friedlichere Zeit zu warten.

Der Rückzug aus den Ausschreibungsverfahren ist nicht das einzige Problem des neuen KRS. Für den Rat stehen Ausschreibungen an, die nach der Gesetzesänderung (ab 14. Februar 2020) kamen. Es stellt sich die Frage, was mit ihnen zu tun ist. Nach Ansicht des Präsidiums des KRS sollte nach dem Grundsatz der direkten Anwendung des neuen Gesetzes vorgegangen werden. „Dies würde bedeuten, dass die von den Richterversammlungen vor Inkrafttreten des Gesetzes (d. h. Vor dem 14. Februar 2020) vorgenommenen Bewertungen der Kandidaten in Kraft bleiben. Hat das Kollegium eines bestimmten Gerichts vor diesem Zeitpunkt zu den Anträgen Stellung genommen, bleibt dieser Rechtsakt in Kraft. Wenn es dies nicht getan hat, hat es die Möglichkeit, dies nach den neuen Regeln zu tun.“

Zsfg.: MB

<https://www.rp.pl/Sedziowie-i-sady/303029875-Coraz-wiecej-sedziow-rezygnuje-z-awansu-przed-KRS.html?fbclid=IwAR35FThbuhriMAwxbMI8unV10SsS9OmenB-1i7zmKnudDOmp0ekNd7RQUlk>

Klementyna Suchanów: Wir wurden „Feminazis“ genannt. Und dann machten sie uns langsam zu Kriminellen



©Agencja Gazeta

Quelle: gazeta.pl

Das neue Buch von Klementyna Suchanów „Das ist Krieg“. Ein brandaktuelles Tagebuch der Proteste, der jüngsten Geschichte des Feminismus, die am Schwarzen Montag, dem 3. Oktober 2016, wiedergeboren wurde, als polnische Frauen aus Angst vor der Idee, für Abtreibungen bestraft zu werden, auf die regnerischen Straßen gingen, um für ihre Rechte zu kämpfen. Und dann stellte sich bald heraus, dass sie wirklich für alles kämpfen mussten.

Klementyna Suchanow „Das ist Krieg. Frauen, Fundamentalisten und das neue Mittelalter“ – ein Auszug:

Zuerst nannten sie uns „Kriminelle“, weil wir auf der Straße für das Recht auf unseren Körper, auf den Körper unserer Töchter, gekämpft haben. Man nannte uns auch „Feminazis“, „Mörderinnen“. Und dann machten sie uns langsam zu Kriminellen. Du willst protestieren? Mach dich auf Unannehmlichkeiten gefasst. Es gab eine Ära, in der man Strafmandate für einen Aufkleber an einem Geländer, für das Rufen „Lech Wałęsa“ oder das Stehen auf dem Bürgersteig erhielt. Dann kam die Zeit der ersten Verhöre - in meinem Fall nach der Blockade der Prozession von Smoleńsk im Juni 2017, noch vor der Ära der Absperrungen rund um den Sejm. Damals stand die Bewegung „Frauenstreik“ zum ersten Mal gemeinsam mit der Bewegung „Bürger der Republik Polen“ auf der Straße, in Solidarität mit Angelika Domańska und Elwira Borowiec. Einen Monat zuvor waren die beiden Frauen mit Ellbogen „niedergestreckt“ worden und wurden von einer Menschenmenge beschimpft, die fromm den Worten von Jarosław Kaczyński lauschte, der von einer Leiter in der Nähe des Präsidentenpalastes sprach. Von den Organisatoren konnte man die Aufmunterung vernehmen, sich um die Mädchen „zu kümmern“. Ich musste das Verfahren der Ausweisidentifizierung durch die Polizei erlernen, wir alle mussten es erlernen. Aus „normalen“ Bürgerinnen

wurden wir zu Menschen, gegen die Aktivitäten durchgeführt wurden, um uns in den Augen der Gesellschaft zu stigmatisieren.

So etwas bedeutet Stress. Manche Menschen weinen, andere ziehen sich zurück, weil es sie zu viel kostet. Wieder andere sind dabei, sich ein dickes Fell zuzulegen. Sie bleiben dabei. Die Scham wird überwunden, und beim nächsten Protest üben sie das ganze Verfahren erneut, manchmal in völlig absurden Situationen. Die Manifestation ist bereits vorbei, aber es reicht aus, wenn man in der Nähe steht. Die Polizei sperrt umliegende Straßen und beginnt damit Leute einzeln herauszufischen, zum Beispiel „wegen des Verdachts, Eier mit sich zu tragen“. Mit der Zeit begannen mich diese Situationen zu irritieren, ihre Wiederholung war schrecklich langweilig und - wie ich gerne sage - beleidigend für die Intelligenz. (...)

Schließlich rief mich das Büro für innere Angelegenheiten der Polizei an. Zum Jahresende hin wurde dies bereits Tradition. Letztes Jahr, am Tag vor Heiligabend, besuchte mich die ABW (Agentur für Innere Sicherheit) wegen eines Facebook-Postings. Diesmal ging es darum, zu untersuchen, ob nach der Intervention im Zusammenhang mit der Bemalung der Wände des Sejms mit der Aufschrift „Zeit für das Jüngste Gericht“ Gewalt gegen M. angewandt wurde. Einer der Polizisten verletzte ihr Knie, danach trug sie einen orthopädischen Knieschutz. Die Aktion fand zu einem Zeitpunkt statt, an dem über das Schicksal der Justizreform entschieden wurde, gegen die im Sommer 2017 Massenproteste stattfanden. Ein Jahr später ging dieser Prozess weiter, es gab zwar immer weniger Protestierende, aber dafür gab es immer mehr mutige Richter, die Briefe an europäische Gerichte schickten. In jenem Sommer waren die Demonstranten radikaler. Ich auch. Das Fehlen jeglichen Dialogs zwischen Regierung und Opposition, der völlige Mangel an Respekt nicht nur für unterschiedliche Meinungen, sondern auch für die Demokratie als Grundlage des Systems, veranlasste einige von uns zu immer mutigeren Aktionen. Ich habe das mir so erklärt: Wenn die PiS-Aktivisten die polnische Sprache nicht verstehen, weder wenn man mit ihnen ruhig spricht, noch wenn man schreit, muss man mit ihnen in einer Sprache sprechen, die sie ganz sicher verstehen werden. Und zuallererst - weil sie vor uns weglaufen - muss man sich ihnen stellen. An diesem Tag, dem 19. Juli, beschlossen mehrere von uns, auf den Rasen um den Sejm (was als „Landfriedensbruch“ eingestuft wurde) und auf das Gebäude, in dem die Gerichte gerade gemeuchelt wurden, zu gehen und mit einem Farbspray „Zeit für das Jüngste Gericht“ zu schreiben. Damit die Parlamentarier unsere Nähe spüren konnten. Die Sicherheitsgrenze zu verletzen, die sie aufgebaut hatten, indem sie einen Kordon von Uniformierten zwischen sich und uns aufstellten.

Ein Sturm brach los, und mittendrin wir. Ich und einige Studenten: Sebastian Słowiński (Interdisziplinäre humanistische und soziale Wissenschaften), M. (Absolventin der Soziologie), Jakub Skrzypek (Kunststudent). Gleichzeitig brannte jemand an einem anderen Ort Fackeln ab, um eine schützende Nebelwand zu erzeugen – und die Aufmerksamkeit auf etwas anderes zu lenken. Nur M. schaffte es bis zum Sejmgebäude. Sie schrieb etwas in blauer Farbe, aber es war unlesbar. Sie wurde zu Boden geworfen. Der dünne Sebastian wurde irgendwo auf dem Rasen erwischt, der schelmisch lächelnde Jakub ebenfalls. Ich wurde aus den Büschen, in denen ich feststeckte, herausgeführt und zur Wieska-Straße geführt, wo ich „unbeaufsichtigt“ blieb. Aber die Wand des Gebäudes, an der ich stand, war so verlockend, dass das in meiner Tasche versteckte Spray nach einer Verwendung verlangte. Ich maß die Entfernung, die mich von den Polizisten trennte, und beschloss, dass ich Zeit genug haben sollte, bevor sie mich erreichen. Und dann schrieb ich „Zeit für das Jüngste Gericht“. Ich konnte es nicht ganz zu Ende schreiben, weil ein Polizist, dessen Gesichtsausdruck Fassungslosigkeit über solch offene Unverschämtheit zeigte, sich auf mich stürzte und mir die Spraydose entriß. Dann fesselten sie mich in Handschellen und führten mich im strömenden Regen auf die Rückseite des Sejms, wo sich mich in eine grüne Minna steckten. Am zweiten Tag am Abend beschlossen wir, die Aufschrift mit dem Zusatz „Fuck off“ zu vervollständigen, was dann wie ein Lauffeuer durchs Land ging, und nach einem Jahr bekam es eine neue Bedeutung, als man entdeckte, dass Postkarten mit „Fuck off“ an Richter verschickt wurden, und Teil eines vom stellvertretenden Justizminister organisierten Hass-Angriffes waren. Jedenfalls hatten wir der Regierung nichts mehr zu sagen. In dieser Angelegenheit sollte ich nun verhört werden.

Ein Jahr nach diesem Vorfall werden wir ein Strafurteil haben. Und zwar so eins, wo das Gericht tagt, ohne die Angeklagten oder Zeugen aufzurufen. Wir wurden zu einer Freiheitsbeschränkung von dreißig Tagen und zwanzig Stunden gemeinnütziger Arbeit verurteilt. Unsere Aufschrift wurde zunächst durch eine Mauer von Polizisten bedeckt, damit keine Bilder gemacht werden konnten, und dann schnell übermalt. (...)

Wir, Menschen der Straße, spüren sofort den Wechsel des Innenministers, dem die Polizei untersteht. Diesmal besteht der Wechsel darin, dass Mariusz Kamiński Minister wurde (und gleichzeitig Chef des Geheimdienstes ist). Ein Mann, der in der so genannten Grundbesitzaffäre, einer illegalen Provokation gegenüber Andrzej Lepper zu drei Jahren Haft verurteilt wurde, unter anderem wegen Dokumentenfälschung und illegaler Abhörmaßnahmen, und dann von Präsident Duda begnadigt wurde. Und so übernahm Kamiński am 14. August das Amt und Bums, nach dreizehnmonatigem Schweigen, am 26. August wurde in unserem Fall das Urteil verkündet. Jeder der weiteren vier neuen Minister gab sich gleich zu erkennen. Błaszczak - ein dumpfer Aggressor, Brudziński - ein Zyniker und Schlitzohr, Witek - beschloss aufzuräumen, und Kamiński - gefährlich zu sein. Dafür wurde M.'s Klage über Polizeigewalt abgewiesen.

Zsfg.: AV

https://kultura.gazeta.pl/kultura/7,114528,25732577,klementyna-suchanow-pisze-pierwszej-przemocy-fizycznej-w-moim.html?fbclid=IwAR3gXukP3Prihs0gQj2_0NEx2pTXlhqVDS1mgLtugG9oYGAPtuK1azV-anU

Die Welt will polnischen Spiritus. Coronavirus steigert den Umsatz



Quelle: rp.pl

Es wird bestätigt, dass die Coronavirus-Epidemie die Nachfrage nach polnischem Spiritus erhöht. Das rasche Fortschreiten der Coronavirus-Epidemie auf der ganzen Welt, einschließlich des raschen Anstiegs von Erkrankungen in Europa, Italien und Deutschland sowie des ersten Falles von Coronavirus in Polen, hat ein enormes Interesse an Desinfektionsmitteln hervorgerufen. Zwangsläufig waren diese schnell ausverkauft und die Kunden, begannen nach Alternativen zu suchen. Auf diese Weise machte die öffentliche Meinung auf den polnischen Spiritus aufmerksam, der je nach Produktionstechnologie sowohl für Lebensmittel als auch für industrielle und pharmazeutische Zwecke eingesetzt werden kann. Viele Desinfektionsmittel enthalten Spiritus.

„Wir haben Anfragen aus dem Ausland. Kürzlich haben wir eine Anfrage aus Spanien erhalten, eine große Menge von 80 prozentigem Ethanol zu liefern. Wir haben von großem Interesse aus Japan gehört“, bestätigt Witold Włodarczyk, Präsident des Verbandes der polnischen Spirituosenindustrie. Die Vereinigung bringt die größten Produzenten von starkem Alkohol in Polen zusammen. Polnische Unternehmen exportieren viel nach Deutschland, Frankreich und Italien, sie sind unsere wichtigsten Märkte in der EU. „Ich bin überzeugt, dass die Hersteller Anfragen erhalten können, aber diese Kontakte sind bereits durch Geschäftsgeheimnisse abgedeckt. Wenn die Daten für das erste Quartal vorliegen, können wir beurteilen, ob das Coronavirus tatsächlich den Umsatz beeinflusst hat“, sagt Włodarczyk. „Wir bewerten es als eine vorübergehende Sache. Obwohl dies zu Umsatzsteigerungen führt, unterstützen wir diese Situation nicht. Sobald sich der Desinfektionsmittelmarkt stabilisiert und wir Signale haben, dass die Anlagen in drei Schichten arbeiten, erwarten wir einen Rückgang des Interesses an Spiritus“, fügt er hinzu. Polen ist sowohl in Bezug auf die Produktion als auch den Verkauf von Wodka die Nummer eins in Europa. Alkoholkonsum ist jedoch nur ein Teil des allgemein verständlichen Alkoholmarktes, ein großer Teil der Alkoholproduktion wird auch für industrielle Zwecke verwendet. Also haben wir polnische

Spirituosenproduzenten angerufen, was uns bestätigt, dass die polnischen Spirituosen ihre unerwarteten fünf Minuten haben.

„Ja, derzeit besteht eine größere Nachfrage nach Ethylalkohol“, sagt Jakub Hetmaniok, Exportmanager bei AWW, einem großen polnischen Hersteller von Wodka und Spirituosen.

„Meine bestehenden Kunden haben die Nachfrage vor allem nach Schutz und Desinfektion erhöht. Die Nachfrage hat in dieser Woche vor allem auf dem polnischen Markt zugenommen. Kunden stellen aus diesem Produkt Desinfektionsmittel her“, sagt Artur Grzegorzczuk, Leiter des Alkoholmarketings im Werk Torunskie Wódki Gatunkowe, das zur polnischen Chemirol-Gruppe gehört. Als Hersteller verkaufen wir hauptsächlich hochwertigen Spiritus für den Konsum. Bei Bedarf können wir jedoch für industrielle Zwecke Spirituosen anbieten, die ausschließlich für die Weiterverarbeitung gedacht sind“, erklärt er.

Obwohl die Herstellung von Spirituosen für die Podlasie Wytwórnia Wodek Polmos in Siedlce eine Nischensache ist, verzeichnen sie auch ein stetig wachsendes Interesse und eine wachsende Anzahl von Anfragen polnischer Kunden. Von allen befragten Unternehmen verzeichnete nur Polmos Białystok keinen Anstieg des Interesses.

In Polen stießen Nachrichten aus Japan auf großes Interesse. Die Japan News haben mitgeteilt, dass das Interesse an polnischen Spirituosen in den letzten zwei Wochen enorm zugenommen hat, so dass unsere Spirituosen in Japan zu einem knappen Gut geworden sind. Die Lieferungen in den letzten 2 Wochen haben ein mehr als doppelt so hohes Niveau erreicht wie in normalen Jahren.

Interessanterweise nennt die Zeitung unseren Spiritus „Wodka“ und erklärt, dass in Polen Getränke mit einem hohen Alkoholgehalt Mangelware geworden sind, als Desinfektionsmittel mit Alkohol aufgrund der Ausbreitung des Coronavirus fehlten. Ein Importeur, eine in Tokio ansässige Firma Million Trading Co., bereute sogar, dass sie nicht mehr Lieferungen mit polnischem Spiritus bestellt hat. Sie teilten der Zeitung mit, dass der polnische Wodka 96% Alkohol beinhaltet. Er gilt als das stärkste alkoholische Getränk der Welt, das hauptsächlich für Fruchtcocktails verwendet und oft in Bars serviert wird.

Zsfg.: MB

https://www.rp.pl/Przemysl-spozywczy/200309614-Swiat-chce-polskiego-spiytusu-Koronawirus-napedza-sprzedaz.html?fbclid=IwAR0uGErkQLghVAsAD-wQeg2LOQizOL9oWooXM12nwM_Oqn9ccFxlD_4TSY

Alle lachen über dieses Foto. Aber die Reaktion der Einwohner von Końskie sagt viel ...



Quelle: natemat.pl

Das halbe Internet lacht über dieses Foto. Die Einwohner von Końskie finden es jedoch überhaupt nicht lustig. „In großen Städten kann man lachen, weil man überall hinkommt. Für mich ist es nicht lustig“, reagiert einer von ihnen. Als Andrzej Duda in ihrer Stadt erschien und das Eisenbahngesetz auf dem Bahnsteig unterzeichnete, kam bei den Menschen Hoffnung auf. „Wenn wieder Züge kommen, werden ihm viele dankbar sein“, kann man hören.

„Das passiert nicht wirklich“, „Wie in den Filmen von Bareja“, „Absurdes Kino“, „Beleidigt die Ernsthaftigkeit seines Amtes“ - der Spott im Internet nahm kein Ende.

Andrzej Duda erschien auf einem stillgelegten Bahnsteig neben einem heruntergekommenen Bahnhof, der seit 11 Jahren durch Leere glänzt, und unterzeichnete hier in Końskie an einem Tisch das Bahngesetz. „Dank des Bahngesetzes werden wir für Städte wie Konskie die Bahnverbindungen wiederherstellen“, konnte das ganze Land vernehmen.

Die Stadt liegt in Zentralpolen, hat etwa 20.000 Einwohner und ist fast von der Welt abgeschnitten. Der letzte Personenzug fuhr am 1. August 2009 durch Końskie, also während der PO-Regierung, was eifrig betont wird. So endete die über 100-jährige Geschichte der Eisenbahn in dieser Stadt - der erste Zug kam bereits 1885 in Końskie an, dadurch begann sich die Stadt zu entwickeln.

Und heute ... „Dieser Ort sieht schrecklich aus. Dort passiert seit 11 Jahren nichts. Das Bahnhofsgebäude ist leer und verfällt. Die Fenster sind mit einigen Blechen verschlagen. Wir würden uns freuen, wenn Züge zurückkommen. Als sie verschwanden, zogen einige weg, weil sie keine Möglichkeit hatten, zur Arbeit zu kommen. Studenten haben auch Probleme mit dem Pendeln.

Końskie passt jedoch nicht wirklich in das neue PiS-Programm. „Das Bahngesetz wird benötigt, weil wir Eisenbahnlinien zu Städten umbauen müssen, die derzeit keine Eisenbahnverbindung haben. Aber dass es in der Stadt Końskie geschah, ist rätselhaft - sagt Karol Trammer, Chefredakteur der Bahnfachzeitschrift „Z Biegiem szyn“.

Warum? „Das Bahngesetz sieht den Wiederaufbau von Eisenbahnstrecken vor, die derzeit nicht genutzt werden, weil sie unpassierbar sind, z. B. weil keine Gleise vorhanden sind. Das Gesetz soll dem Wiederaufbau der Strecken dienen. Die Stadt Końskie hat jedoch eine Eisenbahnlinie. Es liegt auf der Strecke von Łódź nach Skarżysko-Kamienna, auf dem Abschnitt, auf dem es keinen Zugverkehr gibt.

Daher hätte Duda seiner Meinung nach, wenn er das Gesetz spektakulär unterzeichnen wollte, dies dort tun können, wo Linien stillgelegt sind oder überhaupt nicht existieren. „Zum Beispiel in Jastrzębie Zdrój. Es gibt ungefähr 100 Städte in Polen mit über 10.000 Bewohner, die mit der Bahn nicht erreichbar sind.“ Darüber hinaus glaubt unser Gesprächspartner, dass Züge schon lange durch Końskie fahren könnten. Und kürzlich hätten PiS-Politiker dies beeinflussen können.

Die geschlossene Linie führt durch zwei Woiwodschaften - Świętokrzyskie, in denen sich Końskie befinden, und Łódź. In beiden Fällen hat die PiS seit 2018 die Mehrheit.

„Es ist nicht das erste Mal, dass die Zentralbehörde Beispiele für Eisenbahnstrecken nennt, die nicht funktionieren, ohne darauf zu achten, dass diese Partei an bestimmten Orten auch auf regionaler Ebene regiert. Und es ist die regionale Ebene, d. h. die Selbstverwaltung der Woiwodschaft, die über die Eisenbahnverbindungen auf solchen Strecken entscheidet. Es ist die Selbstverwaltung der Woiwodschaft, die für die Beauftragung regionaler Aufträge verantwortlich ist, auch zwischen zwei Woiwodschaften. In diesem Fall liegt der Ball auf der Seite der Woiwodschaften Świętokrzyskie und Łódź, damit diese Linie funktioniert“, sagt Karol Trammer.

Umso mehr ist diese Linie - von Skarżysko Kamienna nach Opoczno und weiter in Richtung Tomaszów Mazowiecki und Łódź - die einzige Eisenbahnverbindung zwischen beiden Woiwodschaften. „Es gibt heute praktisch keine Möglichkeit, diese Strecke mit dem Zug zu bereisen“, fügt er hinzu.

„Die Linie verläuft über die Kreuzung der Woiwodschaften, die Situation auf solchen Linien ist immer die schwierigste, da die Woiwodschaften ein Problem damit haben, sich auf die Finanzierung von Verbindungen zu einigen. Und zweitens konzentrieren sie sich auf Linien in der Nähe von Hauptstädten von Woiwodschaften. Dies ist ein allgemeines Problem für alle Woiwodschaften. Und Orte wie Końskie oder Gemeinden, die am Schnittpunkt von Woiwodschaften liegen, gelten als das Ende der Welt.

Die Entscheidung zur Liquidation der Bahnverbindung wurde 2009 getroffen, damals regierte die PO-PSL-Koalition in Polen. Auch die Woiwodschaften hatten ein anderes Kräfteverhältnis. Zum Beispiel hatte PSL in Świętokrzyskie in der vorangegangenen Amtszeit 17 Stadträte und PiS 7. Jetzt ist es fast das Gegenteil. PiS hat 16, PSL - 9. Im Jahr 2006 bildete PSL eine Koalition mit PO und PiS und seit 2010 nur noch mit der Plattform.

Das allgemeine Verschulden für die Liquidation von Verbindungen lag bei diesen Regierungen. Viele Betroffene können dies der derzeitigen Opposition nicht vergessen. Lokale Medien schrieben, dass dies auf Kosteneinsparungen zurückzuführen sei. „In ganz Polen war es ähnlich. In vielen Städten wurden unrentable Passagier- und dann Frachtlinien liquidiert. Das war der wirtschaftliche Trend, ebenso wie die Entscheidungen der Regierung, die Linien zu schließen. Die lokalen Regierungen hatten kein Geld, um sie zu finanzieren“, erinnert sich Jarosław Babicki, Chefredakteur von Tygodnik Konecki. Aber die PiS regiert seit 2015 in Polen. Und seit 2018 in beiden Woiwodschaften.

Wie haben die Bewohner den Besuch von Andrzej Duda wahrgenommen? Ist ihnen das neue Versprechen wichtig? Und was würde die Rückkehr der Eisenbahn für sie bedeuten?

Die Einwohner von Końskie warten auf die Wende

„Nun, als das Staatsoberhaupt in Końskie war, vermute ich, dass die Einwohner es als ernsthafte Verpflichtung betrachten und die Unterschrift des Präsidenten sicherlich nicht umsonst sein wird. Das Hinzufügen einer weiteren wichtigen Kommunikationsoption zu den Bewohnern wird definitiv ein großes

Plus für die Bewohner von Końskie sein“, glaubt Jarosław Babicki. Er fügt hinzu, dass das Thema Zug seit 2009 lebendig sei und die Einwohner es nicht vergessen haben.

Während dieser Zeit erhielten seine Redakteure Briefe von Lesern. „Einige Jahre lang, als es keine Bahn mehr gab, kehrten wir aufgrund verschiedener Interventionen von Lesern zum Thema zurück. Die Leute vergessen die Annehmlichkeiten nicht so leicht, die sie einmal hatten. Zum Beispiel fragten sie, warum eine solche Infrastruktur leer stehe. Wenn Sie sich das Bahnhofsgebäude ansehen, ist dies eine Ruine. Es gab dort auch Bushaltestellen, dieser Ort war lebendig. Und dann verschwand systematisch alles. Jetzt, denke ich, gibt es wieder eine Chance, diesen Ort zu beleben. Ich hoffe, dass hier etwas Gutes passiert“, sagt er. Wen man auch in der Stadt befragt, jeder rechnet mit der Rückkehr der Züge. Sie würden den Bewohnern das Leben leichter machen. Vielleicht würde es das Image der Stadt verbessern. „Ich denke, dass es in Końskie keine Person gibt, die nicht möchte, dass die Züge zu uns zurückkehren“, sagt Magda, die mehrmals pro Woche mit dem Auto von Końskie nach Warschau fährt. Sie nimmt immer andere Menschen mit. Auf Facebook gibt es eine lebhafte Gruppe, in der die Bewohner Informationen austauschen, wer wohin fährt und wie viele freie Plätze im Auto vorhanden sind. „Das Thema Zug wird immer im Auto besprochen. Immer fragt jemand: Warum gibt es in Opoczno einen Zug und wir haben keinen? Die Leute vermissen den Zug wirklich. Ein Bus fährt nach Warschau, die Fahrt dauert ca. 3-3,5 Stunden. Ich fahre mit dem Auto ca. 2.5 Stunden. Und der Zug von Opoczno fährt eine Stunde. Wenn er von Końskie aus fahren würde, würde ich definitiv umsteigen“, sagt sie.

Opoczno liegt etwa 30 km von hier entfernt. Bis 2009 bestand eine Eisenbahnverbindung von Końskie. Jetzt fahren die Leute mit dem Auto zum Bahnhof und steigen dort in einen Zug um, z. B. nach Warschau. „Von dort aus können Sie praktisch jeden Punkt in Polen erreichen. Aber nicht jeder hat ein Auto. Aufgrund des Mangels an Zügen fühlen wir uns fast von der Welt abgeschnitten“, sagt Zbigniew, ein lokaler Unternehmer.

Man kann über das Foto und die Szenerie lachen, in der das Staatsoberhaupt das Gesetz unterzeichnet hat, aber hier werden die Leute wahrscheinlich nicht lachen. Und das ist kein Wunder. „In großen Städten kann man über dieses Foto lachen, weil man überall hinkommt. Und wir können das in Städten wie Końskie nicht. Für mich ist es überhaupt nicht lustig“, betont unser Gesprächspartner.

Wie stehen die Chancen, dass die Eisenbahn nach Końskie zurückkehrt? „Der Ball liegt auf der Seite der Selbstverwaltung der Woiwodschaft“, betont Karol Trammer.

Aus technischer Sicht könnten heute Züge fahren. Selbst die Tatsache, dass die Leitung nicht elektrifiziert ist, was in den Kommentaren erwähnt wird, ist kein Hindernis für den Start von Verbindungen. Meiner Meinung nach ist das Haupthindernis mental mit der Tatsache verbunden, dass beide Woiwodschaften das Grenzland als Peripherie ihrer Regionen behandeln und Verbindungen an der Kreuzung von Woiwodschaften keine Priorität einräumen.

„Die Entscheidung über den Betrieb der Verbindungen wird von den lokalen Behörden der Woiwodschaft getroffen. Sie entscheiden, wohin die Züge fahren. Die Regierung ist für die Eisenbahninfrastruktur verantwortlich. Dies bedeutet nicht, dass lokale Behörden, die ein Netzwerk von Verbindungen aufbauen möchten, diese nicht übernehmen können. So geschieht es in der Woiwodschaft Niederschlesien. Die lokale Regierung übernimmt die geschlossenen Eisenbahnlinien, renoviert sie, nimmt sie in Betrieb und nimmt Verbindungen in Betrieb“, erklärt er.

Er hofft, dass Andrzej Dudas Besuch in Końskie die lokalen Regierungen mobilisieren wird. „Dies war die Absicht meines Tweets, um sie daran zu erinnern, dass in diesen Woiwodschaften eine Partei regiert, die seit langem versprochen hat, die Eisenbahnverbindungen wieder aufzubauen.“

Zsfg.: MB

<https://natemat.pl/301377,duda-na-peronie-w-konskich-mieszkancy-licza-na-kolej-plus-chca-pociagu>

Fast 6 000 Todesfälle, davon 1 300 durch das Kraftwerk Bełchatów. Kohle tötet



Quelle: [oko.press](https://www.oko.press)

Die Stromerzeugung auf Kohlebasis treibt nicht nur die Klimakatastrophe voran, sondern trägt auch zu einem vorzeitigen Tod bei. Auf Kohlekraftwerke in Polen entfallen jährlich fast 6 000 solcher Todesfälle.

Es ist (fast) jedem bekannt, dass das Bełchatów Kraftwerk das größte Braunkohlekraftwerk Europas ist. Die Tatsache, dass der angrenzende Braunkohletagebau mit einer Länge von 12 km und einer Tiefe von 200 m zu den zehn größten Braunkohlebergwerken unseres Kontinents gehört. Aber nur wenige Menschen sind sich der Tatsache bewusst, dass die Verbrennung von Braunkohle im Kraftwerk Bełchatów jährlich 1 270 Menschen das Leben kostet. Und das ganze Jahr über trägt die Luftverschmutzung durch Kohlekraftwerke zu 5 830 vorzeitigen Todesfällen bei. Diese erschreckenden Daten sind im jüngsten Bericht „Braunkohle - Auswirkungen auf die Gesundheit und Empfehlungen für den Gesundheitssektor“ zu finden. Sie wurde von HEAL, der Health and Environment Alliance, einer Organisation, die sich mit den Auswirkungen der Umwelt - einschließlich des Klimawandels - auf die Gesundheit befasst, vorbereitet. „In einer Ära des zunehmenden Umweltbewusstseins, sowohl in Bezug auf die Luftverschmutzung als auch die katastrophalen Auswirkungen des Klimawandels, ist es einfach unethisch, weiterhin in Kohlebergwerke zu investieren, abgesehen davon, dass diese oft völlig unrentabel und wenig vielversprechend sind“, sagt Weronika Michalak von HEAL Polska. „Braunkohle ist die schädlichste Art von Kohle, deshalb sollten wir den Abbau und die Verbrennung dieser Kohle zuerst aufgeben“, fügt sie hinzu.

Wie wir in dem Bericht lesen, werden die Auswirkungen des Betriebs des Bełchatów Kraftwerks jährlich erfasst:

- 630 neue Fälle von chronischer Bronchitis,
- 1310 Krankenhausaufenthalte,
- 359.200 verlorene Arbeitstage,
- 27.830 Asthmaanfälle bei Kindern pro Jahr.

„Die Berechnungen und Bemessungen der gesundheitlichen Auswirkungen und des vorzeitigen Todes basieren auf der von der WHO empfohlenen und weit verbreiteten HRAPIE-Methodik (Health risks of air

pollution in Europe). Sie ermöglicht es, die Auswirkungen der Luftverschmutzung auf der Grundlage bewährter Modelle und öffentlich zugänglicher Daten abzuschätzen. Wir sollten jedoch nicht vergessen, dass die gemeldeten gesundheitlichen Auswirkungen und Kosten oft unterschätzt werden können, da es unmöglich ist, alle oft nicht gemeldeten gesundheitlichen Folgen zu berücksichtigen“, sagt Michalak zu Oko.press.

„Die europäischen Länder sind die hauptsächlichen Produzenten und Verbraucher von Braunkohle, trotz der Verpflichtung ihrer Regierungen zur Bekämpfung des Klimawandels und zur Verbesserung der Luftqualität. Jedes Jahr produziert und verbraucht Europa 50% der weltweiten Braunkohleproduktion“, heißt es in dem Bericht. Wenn wir Albanien, Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Kosovo, Mazedonien, Serbien und Russland nicht mitzählen, gibt es in Europa immer noch 293 Kohlekraftwerke mit einer Kraft von 184 GW, von denen 110 mit Braunkohle betrieben werden. In den oben genannten Ländern (ohne Russland) ist es noch schlimmer, da dort alle 16 in Betrieb befindlichen Kraftwerke mit Braunkohle betrieben werden.

Weltweit entfallen etwa 13,5 % der Kohleproduktion auf den Braunkohleabbau. Im Jahr 2016 stammten 38 Prozent der weltweiten Stromproduktion aus der Verbrennung dieses Rohstoffs. Auch nach den Daten von 2016 ist Deutschland der größte Braunkohleproduzent und -verbraucher der Welt. China liegt an zweiter, Russland an dritter Stelle. Bei der Produktion lag Polen an sechster Stelle, beim Verbrauch an fünfter.

Zsfg.: AV

https://oko.press/prawie-6-tys-zgonow-z-czego-13-tys-przez-elektrownie-belchatow-wegiel-zabija/?fbclid=IwAR0F1oUOjXCjb31iCobCsH98nQG0sfDdXJRajdotNPAC6_bGOKnZyCOqO00

ZITAT DER WOCHE



Quelle: wprost.pl

„Die Regierung behauptet, dass uns nur saubere Hände vor dem Coronavirus schützen können. Es könnte sein, dass die PiS das nicht überlebt.“

Donald Tusk – polnischer Politiker und seit 2019 Parteivorsitzender der Europäischen Volkspartei. Von 2014 bis 2019 Präsident des Europäischen Rates.

Quelle: <https://twitter.com/donaldtusk/status/1233316328905347072?s=19>

zeit.de

Diskriminierung von LGBTI-Personen weitet sich aus

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-02/polen-lgbt-zone-pis-diskriminierung-eu-kritik>

mannschaft.de

Erste Stadt in Polen will nicht mehr LGBTIQ-frei sein

<https://mannschaft.com/2020/02/29/kehrwende-polen-lgbtig-frei/?fbclid=IwAR2qZA4jKgixlN1Q2A4Nyf4RFTA7P3XbaFeh7iWm7hZym6rDB5oYgeiKaHM>

welt.de

Nur eine starke EU kann Polen noch retten

https://www.welt.de/print/die_welt/debatte/article206283345/Essay-Nur-eine-starke-EU-kann-Polen-noch-retten.html?fbclid=IwAR13IYI-z17Z_K_PSQauat8jQPDREHV-fNmaKbqCKZISvNeFbQoLM77EK8

heute.at

EU-Abgeordneter droht Flüchtlingen mit dem Tod

<https://www.heute.at/s/eu-abgeordneter-droht-fluechtlingen-mit-dem-tod-56914022>

sueddeutsche.de

Der Präsidenten-Bonus

<https://www.sueddeutsche.de/politik/polen-der-praesidenten-bonus-1.4829683?fbclid=IwAR3tSprU9J6hdnnbCaBgzLuA9HHr7BOFTolxHe2WK6p1GEG0oLV56ecOnxc>

DEKODER auf Deutsch

<https://dekoder.com.pl/deutsch-artikel/>

DIALOG FORUM – Perspektiven aus der Mitte Europas

<https://forumdialog.eu/>

POLEN und wir – älteste Zeitschrift für deutsch-polnische Verständigung

<http://www.polen-und-wir.de/>

REDAKTION:

kontakt@mitte21.org

Małgorzata Burek | Jerzy Paetzold

Christel Storch-Paetzold | Andreas Visser | Krzysztof Wójcik

Layout: Małgorzata Nierhaus